An einen Haushalt Zugestellt durch Post.at



## Grüne Zone: 100 % Gebührenerhöhung

4 Euro Tagesgebühr als böse Zukunftsüberraschung – eine extreme Belastung der Bürger, um reichen "Investor" zu subventionieren!

ÖVP-StR Krammer hat die Katze aus dem Sack gelassen.

Die Gebühren der Grünen Zone werden wie schon 2010 geplant von 2 auf 4 Euro verdoppelt!

Wie hat dieser teure Spuk begonnen? Großartig versprach ein "Privatinvestor", eine Tiefgarage am Südtirolerplatz auf eigene Kosten zu errichten. Da die Tiefgarage Südtirolerplatz auch ein Wahlversprechen von VP und SP war, bekommt der Privatinvestor prompt das Baurecht für 99 Jahre am Südtirolerplatz um lächerliche ca. 4 €/m2 pro Jahr. Obwohl seine frühere Finanzberatung, die Aufnahme von Schweizer Frankenkredite, der Stadt enorm geschadet hat. Die Stadt verpflichtet sich zu seinem Gunsten, 85 Parkplätze an der Oberfläche zu vernichten. Da sie auch extrem wenig Baurechtszins verlangt, hat die Stadt dadurch einen Einnahmenverlust von ca. 20,000 Euro im Jahr. Die Stadt

übernimmt auch die Kosten der Platzgestaltung von 1,3 Mio. Euro! Wenn die EVN irgendwo aufgräbt, muss sie die Kosten der Oberflächenwiederherstellung selbst zahlen, der Garageninvestor aber nicht! Im Gegenteil: er bekommt, wenn sich das verzögern sollte, noch 100.000 Euro Pönale nachgeworfen. Wenn sich sein Garagenbau verzögert, zahlt er kein Pönale. Nur wenn er Pleitegehen sollte, gibt es Bankgarantien zum Rück- oder Fertigbau.

Der Stadt und ihren Bürgerlnnen wird die Garage sehr teuer kommen. Auch droht Krems u. a. wegen dieser Garage der Verlust des für den Tourismus so wichtigen UNESCO-Welterbestatus.

Viele, besonders Frauen, trauen sich nicht, in Park- besonders in Tiefgaragen zu fahren, und werden den billigeren Parkplätzen an der Oberfläche nachtrauern. Dies beklagt

(Fortsetzung auf Seite 2)



Statt wie versprochen die Grüne Zone auszusetzen, wird die Gebühr verdoppelt! So schnell entlarven sich die SPÖ-Wahllügen!



#### FROHE FEIERTAGE UND VIEL GLÜCK IM NEUEN JAHR

WÜNSCHEN IHNEN DIE

"KREMSER NACHRICHTEN" UND DIE KLS-GEMEINDERÄTE

Mag. Wolfgang Mahrer und Franz Kral





#### Grüne Zone: 100 % Gebührenerhöhung

4 € Tagesgebühr als böse Zukunftsüberraschung – eine extreme Belastung der Bürger, ...

(Fortsetzung von Seite 1)

ÖVP-StR Krammer die Parkgarage Bahnzeile betrefend und glaubt, dies fälschlich mit der 100-Prozent-Gebührenerhöhung für die Grüne Zone lösen zu können! Wichtig ist aber wohl eher die preisliche Annäherung an die teure private Tiefgarage, um deren Profite zu sichern, sonst hätte man ja die Parkdecks der Stadt zwecks besserer Auslastung billiger machen können!

Warum verschweigt der Bürgermeister die auf die Bürger zukommenden wahren Kosten der Tiefgarage?



Die Einnahmenverluste auf Baurechtsdauer wegen der vernichteten eigenen Parkplätze und die Baukosten summieren sich zu heutigen Wertansätzen für die Stadt auf mindestens 2,5 Mio. Euro. Die Mehrkosten für das Parken in der Tiefgarage betragen in diesem Zeitraum weitere 8,6 Mio. Euro. In Summe satte 12 Mio. Euro, die der Investor und seine Politfreunde uns aufhalsen.

Wenn man jetzt ab 1. Februar 2016 die Tagesparkgebühr für die 1.200 Parkplätze in der Grünen Zone von 2 auf 4 Euro erhöht, steigen die Kosten für das Parken in unserer Stadt um ca. 300.000 Euro im Jahr (d.h. während der Baurechtsdauer ca. um 30 Mio. Euro)!!! Den Investor freut es, da die Kostendifferenz zur seiner Tiefgarage kleiner wird.

Insgesamt kommen während der Baurechtsdauer wegen dieses Privatinvestors Belastungen von 42 Mio. Euro auf uns und unsere Nachkommen zu – ein wahres "Danaergeschenk" (so nannte man das Trojanische Pferd)!

Wo bleibt in dieser Sache die von Resch so oft beschworene Bürgermitbestimmung?

Bgm. Resch können 4 Euro wurscht sein, er hat ja einen Dienstwagen mit Chauffeur. Sehr hart trifft es hingegen die VerkäuferInnen und andere Mitarbeiterinnen in der Innenstadt mit Löhnen von oft unter 1.000 Euro netto. Ihre **Parkkosten** in der Grünen Zone werden sich meist **verdoppeln**, von 10 auf 20 /Woche. Bei 48 Arbeitswochen im Jahr arbeiten sie dann rund einen ganzen Monat nur für die 960 Euro Parkgebühren/Jahr! Ihr Chef parkt dagegen mit einer Bewohnerparkkarte für den Firmenwagen um 1/3 und zahlt 6,67 / Woche! In der Grazer Grünen Zone zahlen Arbeitnehmer und Bewohner dieselben 7 Euro monatlich. Eine entsprechende Korrektur des diesbezüglich total verpfuschten NÖ Kfz-Abstellabgabengesetzes haben ÖVP und SPÖ seit 2010 (bewusst???) unterlassen. Im November 2010 stritten SPÖ und ÖVP nach massiven Bürgerprotesten wegen der schon damals geplanten 4 Euro Tagesgebühr, wer die "Vaterschaft" für die Absenkung auf 2 Euro hatte. Vbgm. Dr. Resch damals laut Kurier: "Die rasche Art der Einführung der Gebühr war kein Ruhmesblatt für die großen Fraktionen. Wenn man so etwas mache, müssten Begleitmaßnahmen wie verbesserter öffentlicher Verkehr (bis heute nicht!!!) und zusätzliche Stellplätze (nur bei der Feuerwehr) zur Verfügung gestellt werden. Das sei aber nicht gelungen. Der neu festgesetzte Betrag (2 Euro) sei weniger schmerzhaft. Der Vorwurf der ÖVP, dass die SPÖ einen Vorstoß der Bürgermeisterin zur Gebührenhalbierung als eigenen verkaufe, sei einfach falsch."

Heute hat Dr. Resch seine Worte von damals vergessen und die jetzigen Schmerzen der Kremserlnnen sind ihm egal. Die ÖVP stimmt zu und hofft, dass diesmal die "Watschen" bei der Gemeinderatswahl 2017 für die 100-Prozent-Erhöhung die Resch-SPÖ bekommt. Zur Wahl 2012 hat nur Bgmin Rinke für die Einführung der Grünen Zone fünf Mandate verloren, obwohl die SPÖ auch voll dafür war.

2014 wehrten sich unsere BürgerInnen mit ihrem "NEIN" bei der Bürgerumfrage erfolgreich gegen Mehrbelastungen durch eine extreme Ausweitung der Grünen Zone!

Ist diese 100-Prozent-Erhöhung der Tagesparkgebühr in den Grünen Zonen am Ende auch eine Rache der SPÖ für die schallende Niederlage bei dieser Bürgerumfrage?

Auf alle Fälle sollte die "Danke-Watsche" der BürgerInnen diesmal für SPÖ und ÖVP bei der Wahl 2017 auf dem Fuß folgen!



## Interview der KREMSER NACHRICHTEN (KN) mit Gemeinderat Mag. Wolfgang Mahrer (KLS)

#### Die Fragen stellte Nikolaus Lackner

N. Lackner: Wozu wurde ein Doppelbudget für die Jahre 2015 und 2016 beschlossen?

GR Mag. Mahrer: Dr. Resch und Co haben mit ihrem brutalen Gebührenerhöhungskurs zwecks Budgetausgleichs jedes Augenmaß für soziale Politik verloren. Und für Großprojekte bedient man sich am Geld der KremserInnen, ohne diese zu fragen, ob sie die auch wollen. Der Bürgermeister will knapp vor der Wahl möglichst viel zum Eröffnen haben, dafür sollen wir brennen wie die Luster. Er weiß, wie sehr die Parkgebührenerhöhung um 100 Prozent für die Dauerparker die Gemüter der Kremser erhitzen wird. So aber muss er 2017 kein Budget mit Erhöhungen und anderen Grauslichkeiten zur Belastung der BürgerInnen mehr durchboxen. Er wird nur mehr zu den absichtlich vor der Wahl angesetzten großen Eröffnungen von Museum, Tiefgarage, Unterführung B3, Parkdeck Stein etc. schreiten und sich feiern lassen. Bis zur Wahl 2017 hofft er auf die Vergesslichkeit der KremserInnen, aber nur wenige haben Alzheimer und werden den 100-Prozent-Parkgebührenwucher daher nicht verdrängen.

## N. Lackner: Was ist mit den Investitionen der Stadt?

GR Mag. Mahrer: Im Moment steht für SP und VP nur die unsägliche Tiefgarage oder der Bürobau für das Anlagerecht im Vordergrund. Bei anderen Projekten mahlen die Mühlen sehr langsam – wie z. B. beim Feuerwehrhaus Egelsee, bei der Renovierung oder dem Neubau des Hallenbades herrscht sogar absoluter Stillstand.

#### N. Lackner: Was sind Deiner Meinung nach die Gründe dafür?

GR Mag. Mahrer: Man bedient Freunde wie den Investor, der das SP-Wahlversprechen Tiefgarage umsetzt. Beim Bürogebäude Anlagerecht gab es vor einigen Jahren einen Vorschlag an den zuständigen Gemeinderatsausschuss, den einge-

stürzten Keller im Weingut entsprechend aufzustocken. Das hätte "nur" 800.000 Euro gekostet. Die Spatzen pfeifen vom Dach, dass das damals zwei ÖVP-Stadträte störte, da sie sel-



KLS-GR Mag. Wolfgang Mahrer

ber die Planung haben bzw. einer bestimmten Bauunternehmung den Bauauftrag überlassen wollten. Beim Weingut wäre ihnen das nicht gelungen. Jetzt kostet es halt 2.800.000 Euro, die Planung hat schon der "Richtige", und die 2 Millionen mehr holen wir uns halt aus den Taschen der BürgerInnen.

N. Lackner: Wie siehst Du die Rolle von Dr. Resch und der SPÖ in der Stadtpolitik?

Positiv ist die größere Transparenz durch Zugang zu allen Gemeinderatsausschüssen, da hat Dr. Resch viel bewegt. Die politischen Entscheidungen fallen aber trotzdem still und heimlich in Absprachen zwischen SPÖ und ÖVP und tragen die neoliberale, unsoziale Handschrift von ÖVP-Einflüsterern. Der Bürgermeister ist halt selbst Unternehmer, auch wenn er lieber den Arzt in den Vordergrund spielt. Es ist erfreulich, dass ein SPÖ-Gemeinderat dieses Spiel durchschaute, immer öfter dagegen stimmte und letztlich den Mut fand, aus der SPÖ-Fraktion auszutreten.

#### N. Lackner: Warum wird Bürgermeister Resch so massiv von Dir kritisiert?

GR Mag. Mahrer: In mir staut sich Ärger auf, weil ein auch von mir zum Bürgermeister gewählter Sozialdemokrat nur mehr neoliberale Politik macht. So wurde z. B. die Bezugsfortdauer von Zulagen im Krankheitsfall um 2/3 gekürzt und bei den Weihnachtszuwendungen für Kinder von Stadtbediensteten blockiert man seit Jahren jede Erhöhung. Dadurch will man diese Weihnachtszuwendung ganz wegfallen lassen. Lediglich vier von ca. 400 Stadtbediensteten bekommen zusammen 1.200 Euro. Unsoziale Kinderfeindlichkeit, um das Budget zu sanieren, und der totale Abbau an sozialer Infrastruktur als Endziel! Bei reichen Garageninvestoren kann die Unterstützung aber nicht hoch genug sein.

# Budgetpolitik auf dem Rücken der Kremser BürgerInnen!

Bgm. Dr. Resch und seine ÖVP-Koalitionspartner haben festgelegt, dass die Budgets für 2016 und 2017 ohne neue Schulden schon zum Ende dieses Jahres festgelegt werden.

Man will, dass die dazu nötigen exzessiven Belastungen der Krem-

serInnen im Wahljahr schon wieder vergessen sind oder als normal angesehen werden. Soweit die Wahltricks von Bgm. Resch und seinen schwarzen Partnern rund um das ungewöhnlich intensive Aussackeln unserer BürgerInnen. Solange SP

(Fortsetzung auf Seite 4)





# Budgetpolitik auf dem Rücken der Kremser BürgerInnen!

(Fortsetzung von Seite 3)

und VP gewählt werden, stimmt halt das Wort von ÖVP-Parlamentsklubobmann Reinhold Lopatka: "Was soll besser werden, wenn wir wählen gehen?" (ORF.at, 3.8.2015). Das sollten die KremserInnen 2017 bei der nächsten Gemeinderatswahl nicht vergessen! ÖVP-Finanzminister Schelling hat von den Gemeinden verlangt, Gebühren nur um die Inflationsrate (September 2015 – 0.7 %) zu erhöhen. Gemeinden sollen demnach den erhofften konsumsteigernden Effekt der Steuerreform 2016 nicht gefährden. Die Kremser SPÖund ÖVP-Stadthäuptlinge gehen den gegenteiligen Weg. Früher haben sie auch durch Skandale Schulden auf Teufel-komm-raus angehäuft, jetzt wird "nur mehr das Geld ausgegeben, das man hat". Gut so, wird jeder sagen. Aber Tatsache ist, wenn Geld fehlt, dann holen SP-Bgm. Resch und VP-StR Krammer es sich als Multipreistreiber ungeniert aus den Taschen der Bürger. Ob sich die Stadtbewohner das leisten können oder nicht, ist egal, denn deren Finanzsituation kümmert die Stadtgranden nicht!

Die Wasser-, Kanal- und Müllgebühren werden um 2 % (fast das 3-fache der Inflationsrate), die Strafen für "Parkvergehen" um 25 %, von 20 auf 25 Euro erhöht, und die Tagesparkgebühr in der Grünen Zone wird um skandalöse 100 Prozent steigen (von 2 auf 4 Euro – siehe Seite 1)!

Bei den Gebühren für Wasser, Kanal und insbesondere Müll (die Privatauslagerung verkleinert die Kosten) widersprechen die Erhöhungen eklatant den gesetzlichen Vorgaben. Entsprechende Prüfanträge der KLS dazu wurden natürlich von Resch und Co. abgeschmettert, denn wer lässt sich beim Tricksen schon gern erwischen? Die Prüfanträge fußten auf den eindeutigen Zweifeln der Landesbehörden an der Richtigkeit der eingereichten Unterlagen der

Stadt. Beim Stadtbus wurden in Neuverhandlungen Kostensenkungen erzielt. Der darauf folgende KLS-Antrag, die vor der letzten Wahl einstimmig beschlossene Anbindung Gneixendorfs und des Gewerbeparks an das Stadtbusnetz damit zu finanzieren, haben SP und VP abgelehnt. So verrät man nach den Wahlen die Bürgerlnnen und negiert die eigenen Anträge und Beschlüsse!

#### Was sind die Ursachen des übermäßigen Geldbedarfs der Stadt in den kommenden Jahren?

Viele vergangene Skandale belasten das Stadtbudget noch lange. Regelmäßig plünderte man die **Gebührenhaushalte** zur Budgetabdeckung. Jetzt soll ein Wasserhochbehälter gebaut werden, aber es fehlen deswegen die notwendigen Rücklagen. Also Wasser-, Kanal- und Müllgebühren noch weiter rauf!

Ein Finanzberater hat vor Jahren den VP- und SP-Granden der Stadt **Franken-Darlehen** und Veranlagungen aufgeschwatzt. Bei der Notkonvertierung eines Drittels dieser Kredite (11,8 von ca. 35 Mio. SFR) hat die Stadt diesen November alleine 3,16 Mio. Euro an Kursverlust einstecken müssen. Gesamt werden die

Verluste über **10 Mio. Euro**. ausmachen. Genau dieser "Finanzkünstler" will jetzt bei seinem "Steinertor Einkaufscenter" die Profite maximie-



Die Resch-SPÖ bildet sich ein, auf dem richtigen Weg zu sein, aber schaufelt sich durch Extrembelastungen ihr eigenes Grab!

ren und darf dazu eine zweite **Tiefgarage** bauen. Auch das belastet das Stadtbudget in Millionenhöhe (siehe Bericht Seite 1)!

Der von SP und VP zum Abputzen von der eigenen Verantwortung eingesetzte Gestaltungsbeirat kostet einiges, genehmigt aber laufend Projekte, die jetzt sogar den Status von Krems als Weltkulturerbe gefährden! Wir haben davor gewarnt!

Die KLS ist die Gemeinderatspartei, die diesen, für einen Sozialdemokraten beschämend unsozialen, Kurs von Bgm. Resch am konsequentesten anprangert!

## Flüchtlingselend, Ängste und Verantwortung!

Von GR Mag. W. MAHRER

Die Anschläge von Paris sind scharf zu verurteilen. Im Zusammenhang mit der hohen Zahl an schutzsuchenden Flüchtlingen wachsen unzählige, wenn auch wenig begründete Befürchtungen in der Bevölkerung.

Die FPÖ und ihre rechtsradikalen Freunde in ganz Europa machen mit diesen Ängsten erfolgreich Stimmung. Die konservativen und sozialdemokratischen Parteien sehen diesem Rechtsruck hilflos zu und vergessen darauf hinzuweisen, dass die extreme Rechte und die Neonazis genau so mörderisch und gefährlich sind wie die diversen islamistischen Terroristen. Die Neonazis mit ihren zahlreichen Verbindungen zu Polizei und Geheimdiensten sind womöglich noch gefährlicher, da sie kaum überwacht werden wie der NSU-Mordpro-

(Fortsetzung auf Seite 5)



## Flüchtlingselend, Ängste und Verantwortung!

(Fortsetzung von Seite 4)

Von GR Mag. W. MAHRER

zess (9 Ermordete) oder der 68-fache Massenmord an Kindern in Norwegen durch Anders Behring Breivik leider zeigten. Breivik lobte übrigens in seinem Manifest "2083 – eine europäische Unabhängigkeitsdeklaration", FPÖ und BZÖ und bedankte sich bei seinen "Brüdern und Schwestern" in Österreich. Auch Österreichs Behörden klären rechtsradikale Gewalttaten wie Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte mangels Überwachung der rechten Szene kaum auf.

Die jetzt von der FPÖ betriebene Verknüpfung von Terror in Paris und Flüchtlingszustrom ist unkorrekt. Diese Menschen flüchten genau vor diesem Terror, vor dem auch wir uns fürchten. 2001 gab es z. B. noch lange keine Flüchtlingskrise, trotzdem gab es am 11. September die Anschläge in New York auf das World Trade Center.

Die Ursache des islamistischen Terrors liegt teils im ehemaligen Kolonialismus europäischer Staaten, dem Raub von Bodenschätzen und Öl durch Konzerne und obskuren Herrscherhäusern im Nahen Osten. Besondere Schuld liegt aber bei der US-Politik. Die USA hat mit Hilfe der CIA und des befreundeten saudi-arabischen Königshauses die Taliban gegründet, um die damalige linke Regierung Afghanistans zu stürzen. Die Taliban wurden dafür mit reichlich Geld und modernsten Waffen ausgestattet.

Aber wer Krieg sät, wird Krieg ernten, oder wie Sarah Wagenknecht von den "Linken" im Bundestag

sagte, "Wer Waffen exportiert bekommt Flüchtlinge zurück." Jetzt, da sich dieser Terror verselbstständigt und uns alle trifft, wird das dazu benützt, um mittels neuem Staatsschutzgesetz unsere Bürger- und Freiheitsrechte massiv zu beschneiden.

Auch der IS wurde von Saudis und Golfstaaten als Terrortruppe gegen die Achse Iran - Assads Syrien und seitens der Türkei gegen die Kurden gegründet. Dass der IS auch dem "Arabischen Frühling" als demokratischem Aufbruch ein Ende setzte, wurde in Ankara und den arabischen Herrscherhäusern nicht ungern gesehen. Die Türkei ließ z. B. auch den Wiener IS-Topterroristen Mohamed Mahmoud trotz österreichischen Auslieferungsersuchens nach der Verhaftung frei und er konnte zum IS nach Syrien ziehen.

Als der IS das russische Flugzeug über dem Sinai sprengte. die Türkei einen russischen Bomber abschoss, gab es keine Trauer oder Solidarität mit Russland so wie jetzt mit Frankreich. Im Gegenteil, es hagelte Vorwürfe an Putin wegen seiner Bombardierungen von Terrorzielen in Syrien. Man hoffte von Beginn an, der IS werde neben Assad auch von Tschetschenien aus Russland destabilisieren. Deswegen gab es seitens der Türkei und den Saudis kaum versteckte Unterstützung und Tolerierung des IS-Kampfes gegen Assad.

Die von Rechtsradikalen im Internet kolportierten Gefahrenszenarien paaren sich mit Lügen über eine angeblich überreichliche Flüchtlingsversorgung. Die Wahrheit sieht anders aus, wie alle, die selbst Flüchtlinge betreuen, täglich erleben. Flüchtlinge leben, zum Nichtstun verdammt, zusammengedrängt auf engstem Raum, bekommen 38,50 Verpflegungsgeld für eine Woche und die wenigen Deutschstunden pro Woche sind ihre Abwechslung.

Die Feststellungen von Amnesty International zu den furchtbaren Zuständen in Traiskirchen muss man im Zusammenhang mit der Profitsucht der privaten Schweizer Betreiberfirma sehen, die vom "Wirtschaftsblatt" in einem Artikel beschrieben wurde. Wenn Konzerne Profite auf Kosten der Schwächsten machen, ist es für alle OK, wenn Flüchtlinge 38,50 Euro für eine Woche zur Selbstverpflegung bekommen, wirft man ihnen aber seitens der Rechtsextremisten vor, sie würden uns Österreichern die Butter vom Brot stehlen!

#### **Zahlen zum Thema Flucht:**

Weltweit sind etwa 60 Millionen Menschen auf der Flucht. 20 Millionen davon flüchten über Landesgrenzen hinweg. Die Menschen fliehen vor Krieg, Verfolgung, Unterdrückung, Naturkatastrophen und Hunger.

Machen Flüchtlinge unser Sozialsystem unfinanzierbar?
Hier sind die nüchternen Zahlen dazu:

Wieviel Geld erhält man in Österreich ...?\*

... als Asylwerberin?

Vollversorgung Unterbringung 3 Mahizeiten/Tag	Selbstversorgerhaus Unterbringung keineriel Versorgung	Privatunterbringung Zuschüsse nur wenn keine Eigenmittel vorhanden sind
€40,- pro Monat Taschengeld	je nach Bundesland zwischen € 3,50 - € 6,50 täglich ab 18. Lebensjahr	Erwachsener <b>€ 200,</b> - pro Monat
	Kind € 121,- pro Monat	Kind € 90,- pro Monat
		Mietzuschuss erw. Einzei- person €120,- pro Monat
		Mietzuschuss Familie € 240,- pro Monat
Summe pro Monat	€ 165,- bis € 170,50	

... als Österreicherin und als Person mit Recht auf dauerenden Aufenthalt in Österreich?

	Mindestsicherungs- bezieher	Arbeitsloser bei vorherigem Einkommen von € 2000,- brutto		
	€ 620,87			
	Grundbetrag			
	€ 206,96 Wohnkostenantell			
ł	€ 827,83	€ 937,44		
١.	*Quallan: AMS Bundaaminiatarium für Innaraa Caritaa			

\*Quellen: AMS, Bundesministerium für Inneres, Carita





### Aus dem Gemeinderat

### Über die Arbeit unserer KLS-Mandatare – Mag. Wolfgang Mahrer und Franz Kral

In der Mai-Sitzung des Gemeinderates wurden Beschlüsse zum Rechnungsabschluss 2014 gefasst. Im dazugehörenden Bericht des Kontrollamtes verlangte dieses die Implementierung eines "internen Kontrollsystems" (IKS), um zuverlässige Arbeitsabläufe zu garantieren. Minimierung von Fehlerquellen, Reduktion von persönlichen Haftungsrisiken und einheitliche Dokumentationsstandards sollen auch eine Unterstützung bei externen Prüfungen mit sich bringen. Doppelgleisigkeiten sollen dadurch eliminiert und im Sinne von Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit Kosten gespart werden. Wie sehr ein Ablauforganigramm und ein internes Kontrollsystem erforderlich sind, kann man daran erkennen, dass bei der Kontrollamtsprüfung Akten nicht vorgelegt werden konnten. Für jährliche Subventionszahlungen fehlte der Vertrag und auch die Aktenvernichtung ist ungeregelt. Wann aber das Kontrollsystem umgesetzt wird, steht in den Sternen, denn im Magistrat ist weniger Kontrolle als Personalreduktion angesagt.

In der Juni-Sitzung wurde u. a. die Planung des Anlagerechtsgebäudes in der Bertschingerstraße wie zu erwarten vorwiegend an ÖVP-StR Krammer vergeben. Im nichtöffentlichen Teil genehmigte man den Gratiseintritt ins Freibad für Mitglieder des Kremser Tennisklubs und Jachtclubs gegen geringe Pauschalzahlungen der Vereine.

Ein Antrag von KLS-GR-Mahrer, allen Sportvereinen solche Möglichkeiten zu geben, wurde abgelehnt. Auch über das Sozialamt gibt es für Mindestsicherungsempfänger oder Asylwerber keine solche "Begünstigung". Das bleibt dank SPÖ und ÖVP den "besseren" Bürgern des Tennis- und Jachtklubs vorbehalten.

In der **September-Sitzung** wurden die Erhöhungen der Wasser-, Kanalund Müllgebühren seitens der SPÖ und ÖVP durchgepeitscht.

KLS-Zusatzanträge auf Prüfung der vom Land kritisierten Kalkulationsun-



Den letzten "Cent" soll die Bevölkerung zur Budgetsanierung rausrücken!

terlagen zu Gebührenerhöhungen bei Wasser, Kanal und Müll wurden von SPÖ und ÖVP offenbar aus Angst vor Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten abgelehnt.

Eine 5.000-Euro-Subvention für den privaten Veranstalter des Wachauer Volksfestes wurde gegen unsere KLS-Stimmen beschlossen.

In der Oktober-Sitzung wurde seitens der SPÖ und ÖVP das Tiefgaragenprojekt trotz aller Unklarheiten, hohen Kosten und Nachteilen für Bürger und Stadt durchgepeitscht (siehe auch Seite 1). Die kleinen Oppositionsparteien, allen voran die KLS, haben auf vielfältige Weise die Schattenseiten dieses Projektes aufgezeigt.

Schon in der **November-Sitzung** musste die erste "Panne" bei den Oktober-Beschlüssen zum Baurecht Tiefgarage Südtirolerplatz saniert werden. Kein gutes Omen für dieses so ungeliebte Projekt.

In der **Dezember-Sitzung** werden SPÖ und ÖVP noch schnell die Budgets für 2016 und 2017 mit all den Belastungen für die Bevölkerung durchpeitschen. Diese Budgetbeschlüsse mit ihren Gebührenerhöhungen kurz vor Weihnachten sind für die Bürger so mies wie faule Eier zu Ostern (siehe auch Seiten 4 u 5).

## **Dumpingpflanzen in**

Die neoliberalen Sparmeister unserer Stadtpolitik legten vor einigen Jahren fest, dass die eigene Pflanzenproduktion der Kremser Stadtgärtnerei eingestellt wird. Anschließend wurden die Pflanzen billiger von der Fa.Herneth aus der Nähe von Graz bezogen. Dadurch wurden fair bezahlte Arbeitsplätze "eingespart". Die jahrzehntelange Aufbauarbeit von Ing. Bindreiter im Stadtgartenamt zerstörte man auf schockierende Art, indem man zuletzt die Gärtnerei baulich in den Wirtschaftshof integrierte.

Jetzt zeigte die Recherche "NEWS deckt auf" (Juli 2015) wie "Privat" billiger arbeiten kann. Zum Beispiel indem man Stundenlöhne von 2,60 Euro für bis zu 16 Stunden täglicher Arbeitszeit bezahlt, Kollektivverträge und andere Arbeitnehmerrechte mit Füßen tritt. Stockerau hat diesen unmenschlichen Politkurs schon rückgängig gemacht und wieder eine eigene Stadtgärtnerei mit Pflanzenproduktion aufgebaut.

Krems sollte, wenn es sich nur ein wenig den gewerkschaftlich erkämpften Arbeitnehmerrechten verpflichtet fühlt, auch eine Kehrtwende bei der Auslagerung von fair bezahlten Arbeitsplätzen in den Billiglohnbereich und bei der Arbeitnehmerausbeutung einleiten.



#### Transform.at – drei Vortragsabende der Superlative:

## "Die Entwicklung der österreichischen Arbeiterbewegung von der Gründung bis heute"

An die 50 Personen füllten am 5. November den Saal der Kultur Mitte bis zum letzten Platz. Die sehr hohen Erwartungen des Publikums wurden durch die Vorträge von Wirtschaftsforscher Dr. Stephan Schulmeister und dem Politökonomen Dr. Walter Baier zum Thema "Die Arbeiterbewegung in der Zeit der Bundeskanzler Vranitzky bis Faymann" noch weit übertroffen.

Österreichs bekanntester Wirtschaftsforscher, Dr. Schulmeister, konnte zum ersten Mal für einen Vortrag in Krems gewonnen wer-

den. Dr. Baier hat extra für diesen Abend einen Arbeitsbesuch in Berlin unterbrochen.

Der dritte Vortrag war ein fulminanter Abschluss dieser Veranstalrungen und Belastung der Bürger).

Seite 7

Dr. Schulmeister und Dr. Baier verstanden es, die trockene, theoretische Materie verständlich und mitreißend darzulegen, was mit



GR. Mag. Mahrer, Dr. Schulmeister und Dr. Baier

## der Stadtgärtnerei!

GR Mag. Mahrer hat in einem offenen Brief an Bgm. Dr. Resch darum gebeten, aber es kam kein Echo von seiner Seite. Im Gegenteil, man lagert auch die Müllsammlung bis 2018 zur Gänze in den privaten Niedriglohnsektor aus.

#### Auslagerungen zusammen mit Gebührenerhöhungen sind neoliberal und unsozial!



Unsere SPÖ sitzt zusammen mit Ausbeutern im Glashaus!

tungsreihe. Im Mittelpunkt standen bei beiden Vortragenden die wirtschaftlichen, sozialen und demokratiepolitischen Auswirkungen des Neoliberalismus und der von ihm verursachten derzeitigen gigantischen Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Sozialdemokratie, die Arbeitnehmer und unseren Staat.

Dr. Schulmeister sieht den Fundamentalfehler in der Sozialdemokratie, denn diese hat nicht begriffen, dass die Entfesselung der Finanzmärkte ein Teil des Generalangriffs auf Sozialstaat und Gewerkschaften war. Man hatte daher keine Gegenoffensive, nicht einmal eine Defensivlinie. Auch die sozialdemokratischen Eliten wurden von der Selbstentmündigung der Politik erfasst. Im Namen der Freiheit sollte sich die Politik den Märkten unterwerfen (siehe: SPÖ, die Partei des kleineren Übels - Der Standard 24.11.2014). Dies ist auch in der Kremser Stadtpolitik oberstes Gebot (z.B. Auslageeinem langen Applaus bedankt wurde. Das große Interesse der Zuhörer führte zu einer lebhaften Diskussion, die sich selbst nach dem offiziellen Ende noch lange hinzog.

Begonnen hatte die Vortragsreihe im März mit ao. Univ. Prof. Dr. Hans Hautmann: "Die politischen Positionen der österreichischen Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg und in der Ersten Republik (1914-1938)", gefolgt im September vom Zeithistoriker Dr. Winfried R. Garscha: "Die Entwicklung der österreichischen Arbeiterbewegung 1938-1983 – Antifaschistischer Widerstand – Wiederaufbau – Kalter Krieg – Sozialpartnerschaft – Ära Kreisky".

Es war ein sensationell gut besuchter packender Vortragszyklus, der den Moderator KLS-GR Mag. Wolfgang Mahrer anspornt, weiter solche spannenden Abende zu organisieren.



## Kunstmuseum, Parkdeck, Stau und Unterführung der B3

Nachdem die von der Stadt nicht eingeplante Expansion der Donau-Uni und des IMC alle Grenzen sprengte, hat man 2011 die Grüne Zone eingeführt. Das Verkehrschaos in der Früh blieb aber bestehen, da die Garageneinfahrt beim Campus West nur einen Zufahrtsschranken hat statt mindestens zwei. So kommt es am Morgen zu einem enormen Rückstau bis zu den Kreisverkehren.

Jetzt wird die Kunstmeile weiter ausgebaut und das Land verlegt die Gemäldesammlung des Landes in einen Neubau nach Krems. Dieser Bau ist als schuppiger schiefer Kubus architektonisch umstritten und seiner Umgebung nicht angepasst. Zwanghaft modern ist noch nicht schön und das Weltkulturerbe hätte mehr Rücksicht erfordert. Unsere Stadtpolitik versteckt ihre Entscheidungen hier hinter den "Experten" einer Jury, die aber das "Pröll-Kulturdenkmal" gerne absegnete.

Der bisherige Platz der Landesgalerie in Sankt Pölten muss für das "NÖ-Haus der Geschichte" frei gemacht werden. LH Prölls Konkurrenzprojekt zum ähnlichen gesamtösterreichischen Projekt in der Wiener Hofburg. Welche Missgriffe aber auch unser Gestaltungsbeirat sonst noch zulässt, sieht man beim Zubau der DPU zur ehemaligen Hauptschule Stein, mit den wirren "Jalousien" im Dachbereich oder bei der Befürwortung eines 8-stökkigen Hauses in der Wienerstraße.

Zum Bauentwurf gibt es nicht nur in der KLS unterschiedliche Meinungen. Zur Verlegung der Landesgalerie nach Krems sagen wir aber "JA". Sie wird ein Ausgleich zu der nur mehr auf zeitgenössische Kunst fixierten Kunsthalle sein. Für dieses Kunstmuseum haben wir "KUMUK" (Kunstmuseum Krems) als kurzen aber einprägsamen Namen in Anlehnung an MUMOK (Museum moderner Kunst Wien) vorgeschlagen. Die zahlreichen Bilder, besonders die des 19. Jahrhunderts werden viele Kunstfreunde, die der Moderne wenig abgewinnen können, wieder mit Krems versöhnen.

Ein gebührenpflichtiges Parkdeck als Lösung für das Parkproblem ist für die Kunstfreunde und für die Steiner Bürger, die erstmals für das Autoabstellen zur Kasse gebeten werden, besonders bitter. Die Unterführung der B3 im Bereich Schiffstation wird an der B3 einen besseren Verkehrsfluss in Richtung Stein/Wachau bringen, den Stau bei der Donau-Uni in der Dorrekstraße aber nicht beseitigen.



## Höhere Steuern für Behinderte wegen der Steuerreform?

Die Salzburger Nachrichten vom 20. November be-

richten, dass den Behinderten durch die Steuerreform 2016 nicht Entlastungen sondern massive Verschlechterungen drohen. Selbst der Behindertenanwalt und Ex-Sozialminister Erwin Buchinger meint zu den in den Ausführungsverordnungen versteckten Neuerungen für Behinderte, "Das würde massive Kosten verursachen."

Der Finanzminister will in Zukunft nicht mehr den gesamten Behinderungsgrad für den Steuerfreibetrag oder Abschreibbeträge zulassen. Nur mehr einzelne Leiden, die mit mehr als 25 Prozent Behinderungsgrad eingestuft wurden, sollen berücksichtigt werden.

Dabei geht es nach AK-Steuerexperten um viel Geld für den einzelnen, wenn z.B. Hörgeräte oder orthopädische Schuhe nicht mehr abgesetzt werden können. 354.000 Menschen mit Behindertenpass (min. 50 Prozent Behinderung) und alle mit Behinderungsgrad über 25 Prozent sind davon betroffen.

Der Sozialabbau durch SPÖ und ÖVP macht nicht einmal mehr vor schwer Kranken und Behinderten halt!



Allen Freunden und Künstlern wünschen wir frohe Festtage sowie ein erfolgreiches und friedliches Neues Jahr!

> Gemeinderat Franz Kral Obmann